

# UWG meldet den Erfolg der Volksinitiative

## Fast 70.000 Unterschriften für neues Kommunalwahlrecht in NRW

**Die von der UWG unterstützte Volksinitiative „Mehr Demokratie beim Wählen“ ist erfolgreich. Am Mittwoch wurde die Mindesthürde von 66.152 Unterschriften übersprungen. 69.297 Bürger haben die Volksinitiative bis heute mit ihrer Unterschrift unterstützt. Überwiegend Freie und Unabhängige Wähler in NRW haben die Unterschriften gesammelt.**

Ziel der Volksinitiative ist, dass die Wähler bei Kommunalwahlen in NRW in Zukunft die Möglichkeit erhalten, bis zu drei Stimmen auf einen Kandidaten zu konzentrieren oder Stimmen auf Bewerber verschiedener Parteien zu verteilen. Durch dieses "Kumulieren und Panaschieren" genannte Wahlrecht können die Wähler die Reihenfolge der Mandatsbewerber auf den Vorschlagslisten der Parteien noch einmal ändern. In Baden-Württemberg und Bayern bereits kurz nach dem Krieg eingeführt, hat sich dieses Wahlrecht inzwischen in 13 Bundesländern etabliert.

„Unser Erfolg zeigt, dass vielen Menschen davon überzeugt sind, dass sich unsere Demokratie weiter entwickeln muss“, so Michael Schmale, Fraktionsvorsitzender der UWG in Kirchlengern. Obwohl das geforderte Wahlsystem für die meisten angesprochenen Bürger bisher vollkommen unbekannt gewesen sei, hätten viele sich sofort in die Unterschriftenlisten, die unter anderem auf dem Sommerfest in Kirchlengern auslagen, eingetragen. „Weil die Landesregierung und fast alle Parteien sich zum Thema ausschweigen und deshalb bisher kaum eine öffentliche Debatte zustande gekommen ist, war die Unterschriftensammlung auch eine besondere Leistung“, so Schmale weiter. Man habe mit vielen Bürgern Gespräche über die Demokratie geführt und dazu Denkanstöße gegeben. Dafür gebühre allen Unterstützern Dank.

Nach der für den 8. April geplanten Einreichung der Unterschriftenlisten beim Landtag werden diese dort geprüft. Ergibt die Prüfung eine ausreichende Zahl gültiger Unterschriften, muss sich das Parlament binnen drei Monaten mit dem Gesetzentwurf der Volksinitiative zur Änderung des Kommunalwahlrechts befassen. Die Initiatoren der Initiative sind dabei vom Landtag anzuhören.

Bis auf die Grünen lehnen derzeit alle Landtagsfraktionen die Einführung des von Mehr Demokratie geforderten Wahlrechts ab. In Oppositionszeiten hatten sich auch CDU und FDP hierfür stark gemacht. Nach der Regierungsübernahme 2005 hatte die Landesregierung das Thema aber nicht weiter verfolgt. „Jetzt muss sich der Landtag damit befassen und alle Parteien müssen Flagge zeigen und wir werden dann sehen welchen Stellenwert Wahlversprechen haben“, so Schmale abschließend.